

FÜR EIN EUROPA, DAS NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST!

Vorschläge der internationalen Bewegung
ATD Vierte Welt



ATD
VIERTE WELT

ATD Vierte Welt ist eine internationale Bewegung ohne politische noch religiöse Zugehörigkeit, gegründet 1957 in Frankreich von Joseph Wresinski. Die Organisation versammelt heutzutage Frauen und Männer aller Kulturen und gesellschaftlichen Ursprungs in mehr als 30 Ländern (in Afrika, Amerika, Asien und Europa). Die Bewegung unternimmt Aktionen mit dem Ziel, dem Elend ein Ende zu setzen durch den Zugang von allen zu den Grundrechten. Die Schritte von ATD Vierte Welt führen dazu, mit den ausgeschlossenen Menschen zu leben, mit ihnen zu überlegen und mit ihnen zu handeln und den anderen Menschen der Gesellschaft. Für ATD Vierte Welt kann der Kampf gegen die Armut nur gelingen, wenn er überlegt ist, in Angriff genommen ist und bewertet wird von den betroffenen Menschen.

Die Vorschläge in diesem Dokument basieren hauptsächlich auf der in den letzten Monaten geleisteten Arbeit von Menschen, die in Armut leben, Mitgliedern von ATD Vierte Welt und anderen Akteuren (vereinsmäßig, politisch, sozial usw.). Diese Arbeit führte zur 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt am 6. Februar 2019 im Europäischen Parlament, die hauptsächlich aus Menschen mit Armutserfahrung bestehende Delegationen aus 8 europäischen Ländern (Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Rumänien) mit Vertretern von Organisationen und von verschiedenen europäischen politischen Institutionen zusammenbrachte. Die Teilnehmenden diskutierten drei Themen: „die Auswirkungen der nationalen und europäischen Politik auf das Familienleben von Menschen, die in Armut leben“, „das Recht auf rechtliche Existenz“ und „Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung in Europa“. Ziel war es, einen Dialog zu eröffnen, um die europäischen politischen Akteure für die Schwierigkeiten zu sensibilisieren, mit denen die am stärksten benachteiligten Menschen täglich konfrontiert sind, aber auch um mit ihnen zu prüfen, was getan werden kann. Auf diese Weise wurden verschiedene Herausforderungen und Empfehlungen an die Europäische Union gerichtet, um Ungleichheiten zu bekämpfen und die Armut zu beseitigen.

FÜR EIN EUROPA, DAS NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST!

Nach den neuesten Eurostat-Zahlen waren im Jahr 2017 113 Millionen Menschen in der Europäischen Union von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Das Ziel der Strategie Europa 2020 zur Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist daher noch lange nicht erreicht. Es bedarf erheblicher Anstrengungen, da die bloße Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht ausreicht, um eine substanzielle und nachhaltige Verringerung der Armut zu erreichen. Die Haushaltsbeschränkungen des letzten Jahrzehnts haben somit zu einem Sozialabbau und zu einer Zunahme der Spannungen in den Mitgliedstaaten geführt (Kürzungen bei sozialen Minima, zunehmend prekäre Beschäftigung, Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen gefährdeten Gruppen usw.).

Vertrag über die Europäische Union

- **Art. 2** Die Union gründet sich auf die Werte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Angehörigen von Minderheiten. Diese Werte sind den Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung von Frauen und Männern gekennzeichnet ist.
- **Art. 3. 1** Der Zweck der Union ist die Förderung des Friedens, ihrer Werte und des Wohlergehens ihrer Völker.
- **Art. 3. 3.** Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, Gleichstellung von Frauen und Männern, Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.

Heute leben viele Europäer noch immer unter prekären Bedingungen und stehen in ihrem Familienleben vor Hindernissen. Viele Bürger werden ihrer Existenz beraubt, aus ihren Häusern vertrieben, gezwungen, Situationen zu erleben, in denen sie kriminalisiert oder bestraft werden. Viele europäische Bürger stehen nach wie vor am Rande des Prozesses demokratischer Willensbildung durch Beteiligung und laufen Gefahr, bei Plänen für

den ökologischen Übergang in Richtung Nachhaltigkeit ins Abseits zu geraten. Diese Realitäten stehen jedoch im Widerspruch zu den Werten Frieden, Gleichheit, Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, die in der DNA der Europäischen Union verankert sind.

Es geht um die derzeitige nationale und europäische Politik, die zu weit von der Realität und den Bedürfnissen der gefährdeten Bevölkerungsgruppen entfernt ist. Um wirksamere Politik zu erreichen, halten wir einen direkten Dialog zwischen den europäischen Entscheidungsgremien und Menschen, die unter Armut leiden, für unerlässlich. Die Erfahrungen und das Wissen der in Armut lebenden Menschen müssen berücksichtigt und geschätzt werden, insbesondere in den Räumen für Reflexion und Dialog, um den Beitrag der Betroffenen zur Politikgestaltung und zur Auswertung der Ergebnisse zu gewährleisten. Es ist in der Tat notwendig, diese Menschen als unumgängliche politische Akteure eines demokratischen Europas, das niemanden zurücklässt, anzuerkennen. *«Was wir uns wünschen, ist, dass man aufhört, Entscheidungen für uns zu treffen, dass man aufhört, für uns zu denken, dass man aufhört, Dinge für uns zu tun, sondern dass man sie mit uns tut.»* Angélique Jeanne, Mitglied von ATD Vierte Welt in der Normandie, Frankreich, bei der 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

«Die Armutsquote in Europa ist leider immer noch sehr hoch, mit einem Anteil von 22,5% der EU-Bevölkerung, der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist. Armut ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mehrdimensional. Deshalb hat das Europäische Parlament, dank der ständigen Zusammenarbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe «extreme Armut und Menschenrechte», deren Ko-Vorsitz ich während dieser Mandatsperiode innehaben durfte, konkrete Vorschläge vorgelegt, um die Armut an ihren Wurzeln zu bekämpfen, indem wir diejenigen, die unter ihr leiden, direkt einbeziehen.» Silvia Costa, italienische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Ko-Vorsitzende der interfraktionellen Arbeitsgruppe «extreme Armut und Menschenrechte», bei der 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

In einer Welt mit vielfältigen Veränderungen (Informationstechnologien, Klimawandel, Migration, demografischer Wandel usw.) muss die Europäische Union den am stärksten gefährdeten Personen und Gruppen, die direkt von den Folgen dieser Veränderungen betroffen sind und in großer Unsicherheit leben, mehr Aufmerksamkeit schenken. Mehr denn je muss die Europäische Union ein sozialeres und nachhaltigeres Europa schaffen, das es jedem Bürger ermöglicht, in Würde zu leben.

Programm der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 (UN)

Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung geben uns den zu verfolgenden Weg an, um eine bessere und nachhaltigere Zukunft für alle zu erreichen. Sie reagieren auf die globalen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, einschließlich derjenigen, die mit Armut, Ungleichheit, Klima, Umweltzerstörung, Wohlstand, Frieden und Gerechtigkeit zusammenhängen. Die Ziele sind miteinander verbunden, und um niemanden zurückzulassen, ist es wichtig, jedes von ihnen und jedes ihrer Ziele bis 2030 zu erreichen.

Ziel 1: Beseitigung der Armut in all ihren Formen und überall auf der Welt.

Ziel 2: Beseitigung des Hungers, Gewährleistung der Ernährungssicherheit, Verbesserung der Ernährung und Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Die Verabschiedung der „Ziele für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030“ im Jahr 2015 bei den Vereinten Nationen ist vielversprechend, ebenso wie die am 17. November 2017 genehmigte „Europäische Säule sozialer Rechte“. Es ist nun an der Zeit, dass die neue Kommission nach den Wahlen ehrgeizige Initiativen zur Umsetzung der in der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ festgelegten Grundsätze ergreift und dass Parlament und Rat diese unterstützen. Die

anderen Akteure, einschließlich der Sozialpartner und der Nichtregierungsorganisationen, haben den Aufruf zur Mobilisierung gut aufgenommen und erwarten, dass die Europäischen Fonds sie so weit wie möglich unterstützen. Aber die besten Sozialmaßnahmen werden nur dann die gewünschte Wirkung zeigen, wenn sie mit anderen Politikbereichen, insbesondere der Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik, abgestimmt werden. Dieses Streben nach Kohärenz und Synergie ist auch die wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung der „Ziele für nachhaltige Entwicklung“.

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Artikel 9 Bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politiken und Maßnahmen berücksichtigt die Union die Erfordernisse im Zusammenhang mit der Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus, der Gewährleistung eines angemessenen Sozialschutzes, der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und eines hohen Niveaus in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Gesundheitsschutz.

Die bevorstehenden Europawahlen werden eine echte Herausforderung für den Aufbau einer «inklusiveren und gerechteren» Europäischen Union sein, die dem in der Präambel des Programms für nachhaltige Entwicklung formulierten Ziel entspricht, niemanden zurückzulassen.

«Um der Armut ein Ende zu setzen, müssen wir uns kennenlernen, unsere Ideen, unsere erfolgreichen Erfahrungen, unsere Fragen teilen, über die Grenzen hinaus, wir müssen unsere Intelligenz und unseren Mut zusammenbringen, wir müssen uns zusammmentun.» Isabelle Pypaert Perrin, Generaldelegierte ATD Vierte Welt, bei der 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

1. Wir fordern die Europäische Union auf, die 20 Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte umzusetzen.

2. Wir fordern die Europäische Union auf, die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an der Entwicklung, Umsetzung und Auswertung von Gesetzen und Politik zu fördern.

- ▶ Es sollten dauerhafte Räume für Reflexion und Dialog geschaffen werden, die europäische Bürger, die in Armut leben, politische Akteure und die Zivilgesellschaft zusammenbringen.
- ▶ Ausbildungsprogramme für europäische Beamte sollten die Entwicklung von Fähigkeiten zur Partnerschaft mit gefährdeten Bevölkerungsgruppen als festen Bestandteil enthalten.

4. Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, allen in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Personen das Recht auf rechtliche Existenz und auf die «Existenz- Vermutung» von Kindheit an zu garantieren.

- ▶ Die Mitgliedstaaten sollten ermutigt werden, die behördliche Registrierung für alle sicherzustellen und den Erwerb und die Aufbewahrung wesentlicher Verwaltungsdokumente (insbesondere durch neue Technologien) zu erleichtern.
- ▶ Die Behörden sollten klare Informationen über das zu durchlaufende Verfahren liefern und sich verpflichten, dieses innerhalb der angekündigten Fristen abzuschließen, damit die Menschen vorausplanen können und nicht in eine zunehmend festgefahrene prekäre Situation geraten.
- ▶ Das Recht auf eine Identität sollte nicht von einer Adresse abhängen: Die Registrierung ohne Adresse sollte möglich sein und die notwendigen Schritte einleiten, um eine reguläre Situation zu erreichen.

5. Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass bestimmte durch die Europäische Sozialcharta garantierte Schutzmaßnahmen (Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Rechtsschutz) eingehalten und systematisch auf alle Personen angewendet werden, ohne einen regulären Wohnsitz zur Bedingung zu machen².

6. Wir fordern die Europäische Union auf, Funktionsstörungen und Amtsmissbrauch im Bereich der Verwaltung, Diskriminierung und Nicht-Inanspruchnahme von Rechten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und dieses Anliegen in die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte einzubeziehen.

«Was mir auffällt, ist, dass, obwohl wir in der Tat sogar über garantierte Rechte in der Gesetzgebung verfügen, die Durchsetzung dieser Rechte oft ein Hindernislauf ist, eine Kette nicht nur der Verwaltungsvorgänge, sondern auch der Demütigungen. Um ein garantiertes Recht zu erhalten, muss man sich nackt ausziehen, nicht einmal, nicht zweimal, sondern manchmal zehnmal, um einfach die Anerkennung seiner Würde zu erhalten.» Philippe Lamberts, belgischer Abgeordneter, bei der 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

FÜR EIN EUROPA, DAS DIE FAMILIE UNTERSTÜTZT

Heute leben viele Familien in der Europäischen Union unter prekären Bedingungen. Dies hat direkte Auswirkungen auf das Leben von Eltern und Kindern und übt Druck auf die familiären Beziehungen aus. Das Recht von Menschen, die unter Armut leiden, in einer Familie zu leben, wird sehr oft eingeschränkt oder sogar verweigert. Jede Politik sollte die familiären Bin-

dungen und die Solidarität zwischen den Familienmitgliedern respektieren und fördern. Mehrere aktuelle politische Strategien haben jedoch eher negative Auswirkungen auf die ärmsten Familien und erlauben es ihnen nicht, aus ihrer prekären Situation herauszukommen.

So zwingen die derzeitigen sozialen Minima, die Berechnung der Sozialhilfe, die je nach Zusammensetzung der Haushalte schwankt, und die

² Vgl. Rechtsprechung des Europäischen Komitees der sozialen Rechte gemäß der europäischen Sozialcharta.

Unmöglichkeit des Sparens, diese Familien, unterhalb der Armutsgrenze zu leben, und hindern sie oft daran, ihren Kindern die notwendige Unterstützung anzubieten, um ihnen eine bessere Zukunft zu garantieren. Tatsächlich sehen sich die jungen Menschen in diesen Familien mit vielen Hindernissen konfrontiert, die es erschweren, sich eine Existenz aufzubauen und unabhängig zu werden. Für Eltern in Armut ist es daher besonders schwierig, ihren Kindern nicht das bieten zu können, was für andere Kinder normal erscheint. Die Berücksichtigung der Haushaltszusammensetzung zwingt die Sozialdienste, respektlose und in das Privatleben der ärmsten Familien eingreifende Untersuchungen und Kontrollen durchzuführen, und lenkt sie von ihrem Auftrag der Hilfe und Unterstützung ab. Darüber hinaus besteht die ständige Angst, dass die Kinderschutzbehörde eingreift und die Kinder außerhalb der Familie unterbringt.

«Wenn ein Jugendlicher, dessen Eltern Sozialleistungen erhalten, einen Job findet, sodass er Geld verdient, aber noch im Haushalt der Familie lebt, sinken die Sozialleistungen der Eltern. Dies schafft Zwietracht und hält Familien in der Armut fest.»

Bruno Dabout, Mitglied des Teams der Generaldelegation ATD Fourth World, bei der 15. Europäischen Vierten Welt Volksuniversität im Europäischen Parlament, am 6. Februar 2019.

Eine große Mehrheit der in Armut lebenden Personen ist außerdem von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, unter der auch ihr Umfeld leidet. Die am stärksten benachteiligten Familien sind auch die ersten, die von der aktuellen Wohnungskrise in Europa in Mitleidenschaft gezogen werden, die

sie entweder in extrem prekären Verhältnissen (sanierungsbedürftige, gesundheitsschädliche, ungeeignete Wohnungen) leben oder in Schulden geraten und in Angst vor Zwangsräumung leben lässt. Schließlich sind Stigmatisierung und Diskriminierung aufgrund des sozioökonomischen Status wichtige Faktoren für die Nicht-Inanspruchnahme von Rechten.

«In Irland gibt es Familien, die in Hotels leben, Familien mit 3 Kindern. Das Wohnzimmer ist das Schlafzimmer, das Schlafzimmer ist die Küche, die Küche ist das Badezimmer: es ist nur ein Raum! Dies hat sehr starke Auswirkungen auf die Familie und ist ein Teufelskreis, aus dem auszubrechen sehr schwierig ist.»

Paul Uzel, Mitglied von ATD Fourth World Ireland, bei der 15. Europäischen Volksuniversität Vierte Welt im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

Die Europäische Union soll nicht direkt in die Familienpolitik eingreifen, aber ihre Politik in anderen Bereichen (Wirtschaft, Beschäftigung, soziale Sicherheit, Wohnungswesen usw.) hat erhebliche Auswirkungen auf das Familienleben. Die Achtung des Familienlebens ist auch in mehreren internationalen Verträgen verankert, denen die Mitgliedstaaten der Union beigetreten sind, daher muss alles getan werden, um diese Verpflichtungen zu unterstützen.

«Eine grundlegende Reflexion ist erforderlich, darüber, was wir von der Europäischen Union erwarten, einer Union, die unsere Zukunft vorbereitet, einer Union, die uns auch schützt, und einer Union, die jedem Europäer eine Chance gibt, unabhängig von seinem Zustand. Die Herausforderung ist enorm, aber wir können nicht bei einem europäischen Modell bleiben, das nur aus Wirtschaft und Währung besteht.»

Jean Arthuis, französischer Abgeordneter, an der 15. Vierten Europäischen Welt Volksuniversität im Europäischen Parlament am 6. Februar 2019.

7. Auf der Grundlage der Stellungnahme SOC/584 des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des 14. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir die Europäische Union auf, eine Rahmenrichtlinie zur Schaffung eines menschenwürdigen³ garantierten Mindesteinkommens in allen Mitgliedstaaten zu erlassen, damit jeder Bürger über ausreichende Existenzmittel verfügen kann.

- ▶ In diesem Zusammenhang fordern wir die Europäische Union auf, sich für den Grundsatz der Individualisierung der Rechte auf soziale Minima einzusetzen, um die Solidarität zwischen Mitgliedern derselben Familie nicht zu bestrafen und das Teilen von Ressourcen zu fördern.
- ▶ Um die Situation der bedürftigen Menschen nicht weiter zu schwächen, fordern wir auch, dass sie ein gewisses Maß von Erbschaften und Ersparnissen behalten können.

³ Für den Begriff „menschenwürdig“ (oder „angemessen“) beziehen wir uns auf die Arbeit des EMIN-Netzwerks: „Ein Mindesteinkommen ist unbedingt nötig, um in Würde zu leben und voll und ganz an der Gesellschaft teilzunehmen. Regelungen eines angemessenen Mindesteinkommens werden regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht, um der Entwicklung der Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen.“ - EMIN, Der Weg der Europäischen Union zu einem Mindesteinkommen - Ein verbesserter Wegweiser der Europäischen Union für die progressive Realisierung von angemessenen, zugänglichen und förderlichen Mindesteinkommensregelungen, November 2017..

8. Auf der Grundlage des 19. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir die Europäische Union auf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, für Einzelpersonen und Familien in prekären Situationen durch eine angemessene Bereitstellung von Sozialwohnungen und anderen Wohnungsbeihilfen Zugang zu menschenwürdigen Wohnungen zu schaffen.

9. Wir fordern die Europäische Union auf, die soziale Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, insbesondere durch die Empfehlung, die überarbeitete Europäische Sozialcharta, einschließlich der Artikel 30 und 31 über das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung und über das Recht auf Wohnung, sowie das Protokoll über Sammelbeschwerden zu ratifizieren.

10. Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Jugendgarantie zu verstärken, insbesondere für die am meisten benachteiligten jungen Menschen.

11. Auf der Grundlage des 11. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir von der Europäischen Union eine Garantie für Kinder, die den Grundsatz der Unterstützung der Familie, Investitionen in die Fähigkeiten der Eltern und die Erhaltung der familiären Bindungen umfasst.

12. Wir fordern die Europäische Union auf, die Realität der Diskriminierung aufgrund des sozioökonomischen Status anzuerkennen und diese zu verbieten.

FÜR EIN EUROPA, DAS AUF ALLE DIMENSIONEN DER ARMUT ACHTET

Um die soziale Realität und die Auswirkungen von Politik messen zu können, hat die Europäische Union im Zusammenhang mit der Säule sozialer Rechte ein „Sozialpolitisches Scoreboard“ eingeführt. Obwohl die gewählten Indikatoren nicht nur den monetären Aspekt der Armut widerspiegeln und Dimensionen wie Gesundheit, Bildung und Beschäftigung berücksichtigen, fehlen andere wesentliche Dimensionen der Armut wie der gesellschaftliche Kontext, institutioneller Missbrauch, Diskriminierung, Stigmatisierung etc. Die derzeitigen Indikatoren geben eine unvollständige Darstellung der Realität der Armut wieder, was durch die Unterrepräsentation von armutsbetroffene-

nen Menschen in der Statistik noch verstärkt wird. Dies trägt dazu bei, dass die derzeitigen politischen Programme oft unzureichend sind. Aus diesem Grund wurde von ATD Vierte Welt in Partnerschaft mit der Oxford University eine partizipative internationale Studie über die Dimensionen der Armut durchgeführt, die die aktive Beteiligung von armutsbetroffenen Menschen einschließt und fördert. Dieses Forschungsprojekt wird seine Ergebnisse am 10. Mai 2019 der OECD vorstellen und Elemente für die Entwicklung relevanterer Indikatoren für eine effizientere Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung liefern.

VORSCHLÄGE AN DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE MITGLIEDSTAATEN

FÜR EIN EUROPA, DAS NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST

- 1** Wir fordern die Europäische Union auf, die 20 Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte umzusetzen.
- 2** Wir fordern die Europäische Union auf, die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an der Entwicklung, Umsetzung und Auswertung von Gesetzen und Politik zu fördern.
- 3** Wir fordern die Europäische Union auf, die wirksame und kohärente Umsetzung der „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ in den Mitgliedstaaten sicherzustellen und zu unterstützen.

FÜR EIN EUROPA, DAS DAS RECHT AUF RECHTLICHE EXISTENZ GARANTIERT

- 4** Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, allen in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Personen das Recht auf rechtliche Existenz und auf die «Existenz- Vermutung» von Kindheit an zu garantieren.
- 5** Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass bestimmte durch die Europäische Sozialcharta garantierte Schutzmaßnahmen (Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Rechtsschutz) eingehalten und systematisch auf alle Personen angewendet werden, ohne einen regulären Wohnsitz zur Bedingung zu machen.
- 6** Wir fordern die Europäische Union auf, Funktionsstörungen und Amtsmissbrauch im Bereich der Verwaltung, Diskriminierung und Nicht-Inanspruchnahme von Rechten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und dieses Anliegen in die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte einzubeziehen.

FÜR EIN EUROPA, DAS DIE FAMILIE UNTERSTÜTZT

- 7** Auf der Grundlage der Stellungnahme SOC/584 des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des 14. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir die Europäische Union auf, eine Rahmenrichtlinie zur Schaffung eines menschenwürdigen³ garantierten Mindesteinkommens in allen Mitgliedstaaten zu erlassen, damit jeder Bürger über ausreichende Existenzmittel verfügen kann.

8

Auf der Grundlage des 19. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir die Europäische Union auf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, für Einzelpersonen und Familien in prekären Situationen durch eine angemessene Bereitstellung von Sozialwohnungen und anderen Wohnungsbeihilfen Zugang zu menschenwürdigen Wohnungen zu schaffen.

9

Wir fordern die Europäische Union auf, die soziale Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, insbesondere durch die Empfehlung, die überarbeitete Europäische Sozialcharta, einschließlich der Artikel 30 und 31 über das Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung und über das Recht auf Wohnung, sowie das Protokoll über Sammelbeschwerden zu ratifizieren.

10

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Jugendgarantie zu verstärken, insbesondere für die am meisten benachteiligten jungen Menschen.

11

Auf der Grundlage des 11. Grundsatzes der Europäischen Säule sozialer Rechte fordern wir von der Europäischen Union eine Garantie für Kinder, die den Grundsatz der Unterstützung der Familie, Investitionen in die Fähigkeiten der Eltern und die Erhaltung der familiären Bindungen umfasst.

12

Wir fordern die Europäische Union auf, die Realität der Diskriminierung aufgrund des sozioökonomischen Status anzuerkennen und diese zu verbieten.

FÜR EIN EUROPA, DAS AUF ALLE DIMENSIONEN DER ARMUT ACHTET

13

Wir fordern die Europäische Union auf, neue europäische Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung zu entwickeln, die alle Dimensionen der Armut stärker berücksichtigen, und armutsbetroffene Menschen daran zu beteiligen.

FÜR EIN NACHHALTIGES EUROPA UNTER WAHRUNG DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

14

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, Menschen in extremer Armut als Akteure im Kampf gegen den Klimawandel anzuerkennen.

15

Wir fordern die Europäische Union und die Mitgliedstaaten auf, die Auswirkungen neuer Gesetze und staatlicher Maßnahmen auf die ärmsten 10 % der Bevölkerung und im Hinblick auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung zu auswerten

DIE PARLAMENTARISCHE INTERGRUPPE «EXTREME ARMUT UND MENSCHENRECHTE»

Über die politischen Grenzen hinweg arbeitet die parlamentarische Intergruppe «Extreme Armut und Menschenrechte», die derzeit gemeinsam von Silvia Costa (Italien, S&D) und Veronica Lope Fontagné (Spanien, EVP) geleitet wird, daran, die europäischen Politikverantwortlichen auf die Bedeutung und Dringlichkeit der Armutsbekämpfung hinzuweisen. Die Intergruppe ist der Ansicht, dass Armut eine Verletzung der Menschenwürde und der Grundrechte darstellt, und meint, dass ein umfassender Ansatz zur Bekämpfung der Armut unter Berücksichtigung der Erfahrungen von Menschen, die in Armut leben, von wesentlicher Bedeutung ist. Die Berücksichtigung der Sorgen, Ideen und Vorschläge der am stärksten benachteiligten Menschen ist in der Tat von wesentlicher Bedeutung für ein demokratisches Europa, das niemanden zurücklässt.

Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es also, Menschen zu vertreten, die in Armut leben, ihre Anliegen in die europäische politische Agenda einzubringen, die verschiedenen Arbeiten und Vorschläge im Lichte der Erfahrungen der Ärmsten zu analysieren und verschiedene Kräfte zu mobilisieren, um die Bekämpfung der Armut zu einer Priorität zu machen.

Zu diesem Zweck trägt die Intergruppe aktiv zu Gesetzgebungsvorschlägen bei, die auf die Wahrung der Würde der am stärksten benachteiligten Personen abzielen. So werden regelmäßig Änderungsanträge zu Texten und Berichten eingereicht. Sie werden von Mitgliedern verschiedener Fraktionen getragen und haben mehr Gewicht, wenn sie in den zuständigen Ausschüssen diskutiert werden. Jedes Jahr wird auch am 17. Oktober anlässlich des Welttages zur Beseitigung der Armut eine Veranstaltung organisiert.

Annahme der Vorschläge der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt

Per E-Mail an bert.luyts@atd-quartmonde.org

oder an die Delegation bei der Europäischen Union ATD Vierte Welt, 12 avenue Victor Jacobs, 1040 Brüssel senden.

NAME:

VORNAME:

FUNKTION/ORGANISATION:

E-MAIL :

- Ich unterstütze die Forderung der Internationalen Bewegung ATD Vierte Welt nach einem Europa, das niemanden zurücklässt.
- Ich verpflichte mich, die Erneuerung der parlamentarischen Intergruppe für extreme Armut und Menschenrechte in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments zu unterstützen und mich an den dort durchzuführenden Arbeiten zu beteiligen.

Unterzeichnet in, am

Unterschrift:



ATD
VIERTE WELT